

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

Politische Krise in Frankreich

Die durch den Militärputsch von Algier eingeleitete Entwicklung in Frankreich hat mit einem Schlag die Aufmerksamkeit der Welt von dem Hin und Her um das Zustandekommen einer «Gipfelkonferenz» und den Gewissensproblemen der Atomwaffenrüstung abgezogen. Die Krise der Vierten Republik stellt Dinge in Frage, die man zu den grundlegenden Tatsachen westlicher Politik zu zählen pflegte, wie die Zugehörigkeit Frankreichs zur Organisation des Atlantikpakts und die europäische Integration, und enthält eine nicht zu überhörende Mahnung an all jene, die gebannt auf die Gefahr einer Atomkatastrophe starrend über die machtpolitischen Realitäten hinwegsehen. Der Opposition in der Deutschen Bundesrepublik, die mit der demagogischen Parole «Gegen den Atomtod!» ihre Kampagne gegen die konsequente NATO-Politik Adenauers weiterführt, müßte in diesen Tagen wieder einmal klar werden, wie sehr die freie Existenz Westdeutschlands und ihr eigenes Bestehen von der Fortdauer der Atlantikpaktorganisation abhängig ist und wie wichtig es ist, daß jeder Mitgliedstaat an der gemeinsamen Verteidigungslast mitträgt — einer Verteidigungslast, die nicht nur finanzielle Anstrengungen, sondern die Notwendigkeit umfaßt, sich mit Waffen zu versehen, die man lieber nicht in die Hand nehmen würde.

Vor dem Hintergrund der in Frankreich drohenden Gefahren sinkt die Agitation jener Deutschen, die die Atomgefahr zum Instrument einer Opposition um jeden Preis mißbrauchen, zu relativer Bedeutungslosigkeit herab. Das parlamentarische System Frankreichs mit seinen häufigen Regierungswechseln, das bisher, dank der Stabilität der

Verwaltungsbureaucratie und der konstitutionellen Kraft der französischen Wirtschaft, im Gang gehalten werden konnte, hat an der algerischen Frage Schiffbruch erlitten. Ein System, das entscheidenden Reformen mit Beharrlichkeit auswich und Fragen von lebenswichtiger Bedeutung zum Gegenstand parlamentarischer Machtkämpfe machte, konnte den Problemen Frankreichs in Algerien nicht mehr gewachsen sein, die — wie auch der Entscheid über Beharren oder Rückzug fallen möge — nur durch eine konsequente und energisch geführte Politik gelöst werden können.

In Algier haben die Militärs das Heft in die Hand genommen, in der Absicht, die Investitur des der «Weichheit» verdächtigen Kabinetts Pflimlin zu verhindern und den Weg für ein vorübergehendes oder dauerndes autoritäres Regime freizumachen. An dessen Spitze wünschten sie General de Gaulle zu sehen, der sich seit Jahren für eine derartige Rolle bereitgehalten hatte, nachdem seine Erneuerungsbewegung, das «Rassemblement du Peuple français», vom Strudel des Parteienbetriebs, den er gerade auszuschalten gedachte, verschluckt worden war. Die primäre Absicht der Generäle von Algier schlug fehl, da die Parteien des nationalen Zentrums in einem Akt der Selbstverteidigung zusammenrückten und Pflimlin mit wachsenden Mehrheiten unterstützten. Nachdem General de Gaulle sich in aller Öffentlichkeit bereit erklärt hat, die Macht zu übernehmen, wobei er die Investitur in den parlamentarischen Formen von vornherein ausschließt, hängt nun alles davon ab, ob es der Regierung gelingen wird, ein Übergreifen des Brandes von Algerien auf das Mutterland zu verhindern. So-

lange die Bewegung auf Nordafrika beschränkt bleibt und General Salan seine Doppelrolle als Vertrauensmann der Pariser Behörden und der Algerienfranzosen weiter spielt, besteht noch Aussicht, daß der Konflikt durch einen mehr oder weniger dauerhaften Kompromiß überwunden werden kann. Ein offener Ausbruch in der Metropole müßte angesichts der Bereitschaft der Kommunisten, die nur auf einen Vorwand warten, um sich zu Rettern der Republik aufzuschwingen, verhängnisvolle Folgen haben.

Aufruhr im Libanon

Die Nachrichten aus Algerien und Frankreich haben unter anderem auch den Umsturzversuch gegen die Regierung Präsident Chamouns im Libanon überlagert, der nach der Absicht der panarabischen Nationalisten zum Anschluß des kleinen Levantestaates an die Vereinigte Arabische Republik Nasser hätte führen sollen. Ausgelöst wurde die Bewegung durch die Ermordung eines als prokommunistisch bekannten Journalisten und Zeitungsverlegers; die Oppositionsparteien aller Richtungen machten die Regierung für den Anschlag verantwortlich und lösten Demonstrationen und Streiks aus, die vor allem in der Hafenstadt Tripolis zu schweren und blutigen Zusammenstößen führten. Der von den einzelnen oppositionellen Richtungen verschieden motivierte Widerstand gegen die Absicht Chamouns, sich, entgegen der Verfassung, ein zweites Mal zum Präsidenten wählen zu lassen, nützten aus Damaskus und Gaza kommende Agitatoren aus, und es fiel ihnen leicht, den Kampf gegen Chamoun in eine Bewegung für Nasser umzubiegen.

Die Ereignisse im Libanon haben erneut die Wirkungslosigkeit der Eisenhower-Doktrin gegenüber Umsturzversuchen im Mittleren Osten erwiesen, wo die Hauptgefahr weniger in einem Umschlagreifen der kommunistischen Organisation als in dem wachsenden Einfluß Moskaus auf die Politik der arabischen Führer besteht. Zum Ab-

schluß seines Besuches in Moskau hat Präsident Nasser, der in Rußland mit großem Pomp empfangen wurde, die Thesen der sowjetischen Außenpolitik vollständig akzeptiert. An erster Stelle der gemeinsamen Erklärung steht der Kampf gegen die Kolonialherrschaft, vor allem in Algerien. Die Resultate der Zusammenarbeit zwischen Moskau und Kairo machen sich bereits im britischen Protektorat Aden bemerkbar, das von Jemen aus systematisch bearbeitet wird. Berichte über sowjetische Waffenlieferungen an das südarabische Königreich, das mit Ägypten und Syrien in einem Föderatiververband steht, verstärken die Drohung, die über den britischen Stützpunkten zwischen dem Roten Meer und dem Persischen Golf schwebt.

Neuer Bruch zwischen Moskau und Belgrad

Innerhalb des kommunistischen Machtbereichs ist es erneut zu einer ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Belgrad gekommen, die an die Ausstoßung Jugoslawiens aus der Kominform vom Jahre 1948 erinnert. Es begann damit, daß die Moskauer Parteizentrale die Einladung zum Parteikongreß der jugoslawischen Kommunisten brusk ausschlug und an ihrem Programm scharfe Kritik übte, ja sogar den Jugoslawen das Recht absprach, sich Anhänger des wahren Marxismus-Leninismus zu nennen. Wenig später griff das Organ der chinesischen Kommunisten die Vorwürfe gegen die Partei Titos auf und ging soweit, den Beschuß der Kominform von 1948, den Chruschtschew auf seiner sensationellen Fahrt nach Belgrad im Mai 1955 den Werkzeugen Stalins Beria und Abakumow in die Schuhe geschoben und damit widerrufen hatte, erneut in aller Form gutzuheißen. Die Moskauer «Prawda» schloß sich den Chinesen an. Die Ostexperten sind sich noch nicht darüber einig, ob der restaurative Zug, der gegenwärtig in den kommunistischen Parteien des Ostblocks festzustellen ist, eine Konsolidierung der neuen

Herrschaftsverhältnisse im Kreml anzeigen oder ob es sich um einen von Peking unterstützten Angriff der konservativen Ideologen um Suslow gegen Chruschtschew handelt. Jedenfalls scheinen innere Auseinandersetzungen in der Sowjetunion im Gang zu sein, und das Nachlassen der Kampagne für eine «Gipfelkonferenz», an der momentan niemand großes Interesse zeigt, mag mit einer anderweitigen Inanspruchnahme Chruschtschews zu erklären sein.

Abflauen der Kampagne für eine «Gipfelkonferenz»

Noch vor der NATO-Konferenz in Kopenhagen, die langwierige Erörterungen über das Thema einer Zusammenkunft auf höchster Ebene erwartet ließ, setzte sich im Westen eine Ernüchterung durch, zu der vor allem das sowjetische Veto gegen Eisenhowers Plan einer gemeinsamen Luftinspektion der arktischen Region beitrug. Die Sowjetunion hatte mit ihrer Klage gegen die Bereitschaftsflüge amerikanischer Atombomber im Sicherheitsrat den Bogen überspannt und mit ihrer starren Haltung vor dem taktischen Gegenzug Washingtons verraten, wie wenig Entgegenkommen in der Frage der Abrüstungskontrolle von Moskau zu erwarten ist. Die Zahl derjenigen, die der Sowjetunion für die Einstellung ihrer Atomversuche Kredit einräumen, ist nach den heftigen Debatten im Sicherheitsrat stark zurückgegangen. Auch in einem weitern Punkt hat die Sowjetunion ihre für ein Gipfelgespräch wenig verheißungsvollen Auffassungen unzweideutig klargemacht.

Der sowjetische Vizeministerpräsident Mikojan erklärte bei seinem Besuch in Bonn, der der Unterzeichnung eines russisch-deutschen Handels- und Konsularabkommens galt, die Sowjetunion könne an der von den vier Regierungschefs in Genf aufgestellten Direktive, wonach die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen besprochen werden sollte, nicht mehr festhalten. Damit ist die Behauptung der Opposition, in der Wiedervereinigungsfrage könnten Fortschritte erzielt werden, «wenn Adenauer nur wollte», von kompetenter Seite widerlegt; kein verantwortlicher Politiker der Oppositionsparteien kann ernsthaft eine Wiedervereinigung ohne freie Wahlen befürworten. Statt dessen verlegen die deutschen Sozialdemokraten ihre Aktivität erneut auf den Kampf gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen. Sie stützen sich dabei auf die gutgemeinten, aber in ihren politischen Ratschlägen bedenklichen Appelle der Atomwissenschaftler des Göttinger Manifests und des Philanthropen Albert Schweitzer. Die SPD kann sich im Schutz der amerikanischen Vergeltungswaffen erlauben, die Frage der Atomrüstung nach dem Gesichtspunkt ihres propagandistischen Effekts im innenpolitischen Kampf zu bewerten. Die Evangelische Kirche Deutschlands, die den Druck der machtpolitischen Verhältnisse stärker am eigenen Leib zu spüren bekommt und die Implikationen eines oberflächlich-einseitigen Entscheids besser erkennt, hat bezeichnenderweise von einer Stellungnahme zu dem gefährlichen Thema abgesehen.

Nemo

Es brodelt im Schmelztiegel Südasien

Der Kommunismus auf der Lauer

Am 10. November 1918 veröffentlichte der Chefredakteur des Berliner «Vorwärts», des

Organs der Sozialdemokratischen Partei, einen Leitartikel, in dem er über den «schweren Abschied von dem Kinderland der Opposition» schrieb, als es galt, die Zügel der

Regierung in die Hand zu nehmen. In der gleichen Lage befanden sich, mit der Ausnahme Siams, die Länder Südasiens, als sie nach dem Ende des zweiten Weltkriegs allmählich ihre Freiheit gewannen. Die Mehrzahl von ihnen macht heute noch die Kinderkrankheiten nationalen Werdens durch, und es läßt sich in einigen Fällen nicht übersehen, ob sie zu Demokratien gesunden oder dem Kommunismus anheimfallen werden. Man ist gegenwärtig in Europa allzuleicht geneigt, über den Problemen des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone zu vergessen, daß von dem Schicksal Asiens auch dasjenige Europas zum mindesten stark beeinflußt wird, und es sollte sich daher der Mühe lohnen, die Ereignisse, die sich in diesem, im Düsenflugzeug in etwa acht bis zehn Stunden zu erreichenden Erdteil abspielen, genauestens zu verfolgen.

Die Bürgerkriegswirren im Inselreich Indonesien haben überdies schlaglichtartig aufgezeigt, worum es sich letzten Endes in Asien handelt. Die Regierung Sukarnos hält sich nur mit Hilfe der Kommunistischen Partei, wogegen sich große Teile des Landes gewandt haben. So erhebt sich, wenn wir den weiten Raum Südasiens überblicken, die Frage, ob man es nicht mit einem großangelegten Zangenmanöver des Kommunismus zu tun hat. Er mag es nicht eilig haben, weil er glaubt, daß die Zeit für ihn arbeitet. Der Versuch einer kommunistischen Umschließung, einer geheuchelten, brüderlichen Umarbung, die zur Erwürgung führen muß, erstreckt sich nun von Indonesien im Südosten bis nach Afghanistan im Nordwesten und weiter nach Arabien, mit drohenden Gefahrenpunkten in Vietnam, Laos, Burma, Nepal und Ceylon. In folgendem wird eine politische Zwischenbilanz für Südasien gezogen werden, die den Ernst der Lage erkennen lassen wird.

In Indonesien versuchte die Regierung, die Aufmerksamkeit des Volkes von der verfahrenen innerpolitischen Situation dadurch abzulenken, daß man die Ansprüche auf Niederländisch-Neuguinea in den Vorder-

grund stellte. Als diese von Holland abgelehnt wurden, beschlagnahmte man, nachdem die «kochende Volksseele» durch amtliche Propaganda auf den Siedepunkt gebracht worden war, rücksichtslos und sinnlos holländisches Eigentum, ohne daß man in der Lage war, dieses ökonomisch zu verwalten. Doch der radikale Trick konnte den drohenden Bürgerkrieg nicht verhindern. Selbst wenn, wie es bei Absendung dieses Berichtes den Anschein hat, die Regierungstruppen über die Aufständischen schließlich siegen werden, so wird es ein Pyrrhussieg sein, falls es Sukarno nicht gelingt, die antikommunistischen Parteien auszusöhnen.

Chinas fünfte Kolonne

Nördlich von Sumatra, wo sich die indonesischen Kampfhandlungen abspielen, liegt die Malaiische Föderation, seit August 1957 Dominion innerhalb des Commonwealth of Nations. Schon ihr Vorgänger, der britische Schutzstaat, hat sich jahrelang bemüht, kommunistischer Aufrührer auch mit Hilfe australischer Truppen Herr zu werden. Daß dies trotz Einsatz modernster Waffen bisher nicht völlig gelungen ist, beweist, wie schwierig es in diesem Dschungelgelände ist, Eindringlinge abzuwehren. Das zweite Problem, dem sich der junge Staat gegenüber sieht, und das mit dem ersten in einem gewissen Zusammenhang steht, ist, daß von seinen 7 Millionen Einwohnern 40% Chinesen sind. Dieses Verhältnis würde sich weiterhin zu Ungunsten des malaiischen Elements verschieben, wenn Singapur in das Dominion einverleibt werden würde, von dessen 1,3 Millionen nicht weniger als 950 000 von Chinesen abstammen. Während die jüngere Generation der Chinesen in Malaia und Singapur nach Peking tendiert, blickt die ältere nach Formosa. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß der Faktor starker chinesischer Volksteile wie ein Damoklesschwert über allen südostasiatischen Staaten hängt, und daß Tschu En-lais diesbezügliche, beruhigende Erklärungen auf der Bandung-Konfe-

renz mit einer großen Dosis von Skepsis aufgenommen werden sollten.

Von Malaia gelangen wir, wiederum in nördlicher Richtung, zu dem Königreich Siam oder Thailand. Im vergangenen Jahr löste eine militärische Junta unter Marschall Sarit eine andere unter Marschall Pibul Songram ab. Das jetzige Regime, das sich als «nationalsozialistisch» bezeichnet, hat bei der Regierungsübernahme bekanntgegeben, daß es weiter dem Seato-Pakt treu bleiben wird. Es wird sich mit der Anerkennung Pekings erst dann befassen, wenn die chinesische Volksrepublik Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist. Trotzdem ist auch hier eine kommunistische Infiltration von der nordöstlichen Grenze, und zwar vom Königreich Laos her, durchaus möglich.

Damit kommen wir zu Indochinas vier Staaten, Laos und Kambodscha sowie Nord- und Süd-Vietnam. Das Genfer Agreement von 1954, das den indochinesischen Krieg beendete, hat sich in Laos erst Ende des letzten Jahres ausgewirkt, indem die beiden kommunistischen Provinzen Phong Saly und Sam Neua ihre Selbständigkeit aufgaben und ihre sogenannten Pathet-Lao-Truppen teilweise aufgelöst oder in die königlichen Verbände überführt wurden. Zwei Minister dieser Provinzen wurden in das Kabinett aufgenommen. Obwohl Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma im Januar, bei seinem Besuch in Washington, versicherte, daß Laos nicht kommunistisch werden würde, hat man alle Ursache zu einer pessimistischen Einstellung. Denn die beiden kommunistischen Provinzen wurden ursprünglich mit Hilfe des kommunistischen Nord-Vietnam installiert. Der Führer auf der kommunistischen Laos-Seite ist der Stiefbruder von Prinz Souvanna Phouma, Prinz Souphanouvong, dessen Gattin aus Vietnam stammt und eine bekannte Kommunistin ist. Innerhalb der internationalen Waffenstillstandskommission, die laut Genfer Abkommen fungiert, ist es jetzt zu Differenzen gekommen. Das kanadische Mitglied steht auf dem Standpunkt, daß nach den zur Zeit stattfindenden Wahlen

die Aufgabe der Kommission erfüllt wäre und diese sich aufzulösen hätte. Die beiden andern Mitglieder, ein Inder, der den Vorsitz führt, und ein Pole, sind der Ansicht, daß sich die Kommission erst zurückziehen könne, wenn der gesamte indochinesische Fragenkomplex geregelt wäre, wozu die Vereinigung der beiden Vietnams gehört.

Die dominierende Figur im Königreich Kambodscha, das auch an Thailand grenzt, ist der einstmalige König, Prinz Sihanouk, der auf Grund eigentümlicher Gesetze dieses Staats nach seiner Abdankung wieder Thronfolger geworden ist, während ihm sein Vater auf den Thron gefolgt ist. Die von Sihanouk begründete Massenbewegung Sangkum (Volkssozialistische Gemeinschaft) hat kürzlich zum zweiten Mal bei den Wahlen alle Sitze im Parlament auf ordnungsmäßige Weise gewonnen. Die Basis für diese besonderen Erfolge ist einmal die Tatsache, daß man dem Prinzen die gewonnene Unabhängigkeit des Landes verdankt, und daß überhaupt die große Verehrung des Volkes für die königliche Familie die französische Kolonialherrschaft überdauert hat. Trotzdem läßt sich unter der jüngeren Intelligenzschicht ein gewisser Trend nach links nicht verkennen, auch wenn er vorläufig nicht ins Extreme gerichtet zu sein scheint. Die linke «Volkspartei» hat sich an den Wahlen, wahrscheinlich wegen der Aussichtlosigkeit, Kandidaten durchzubringen, nicht beteiligt.

Kommunist, Katholik und Buddhist

Unversöhnlich stehen sich die beiden Vietnams gegenüber, im Norden das kommunistische, das an China und Burma grenzt, und im Süden das antikommunistische mit friedlicher Westgrenze gegen Kambodscha und eben unfriedlicher gegen Norden. Wie in den Fällen von Deutschland und Korea geht es hier um die Frage der Wiedervereinigung der beiden Gliedstaaten. Es ist entgegen den Genfer Abmachungen noch nicht zu Wahlen gekommen, weil Südvietnam befürchtet, daß

diese in Nordvietnam unter einem totalitären Regime nicht frei und unbehindert vor sich gehen könnten. Während sich Südvietnam reichlichster Unterstützung der Vereinigten Staaten erfreut, hat Frankreich seine Fühler auch nach Nordvietnam ausgestreckt. Vorerst besteht noch keine Aussicht auf Annäherung der beiden Vietnams, deren regierende Oberhäupter sehr ausgesprochene Persönlichkeiten sind, der Kommunist Ho-chi-Minh, Präsident der Demokratischen Republik Vietnam, und der Katholik Ngo Dinh Die, Präsident der Republik Vietnam. Als Kuriosum sei festgestellt, daß der letztere im November 1957 und der erstere im Februar dieses Jahres Staatsgast in New Delhi war, was jedenfalls für die Neutralität Indiens spricht.

In dieser politischen Zwischenbilanz des südasiatischen Raums steht die Republik der Burmesischen Union als höchst zweifelhafter Aktivposten. Seit zehn Jahren ist es nicht gelungen, die Rebellion, die gemeinsam von Kommunisten und Aufrührern der Karen-Staaten geführt wird, niederzuschlagen. Ein schweres Eisenbahnattentat Ende März erinnerte daran, daß bis zum heutigen Tage aus Sicherheitsgründen der Bahnverkehr nachts ruhen muß! Mitunter unternehmen die Gegner der Regierung Vorstöße bis zur Hauptstadt Rangun, wo erst kürzlich die Wasserversorgung gesprengt wurde. Als der Ministerpräsident, der fromme Buddhist U Nu, 1956 sein Amt vorübergehend niedergelegt, um sich, wie es hieß, der Reorganisation seiner Partei, der Anti-Fascist Peoples Freedom League zu widmen, brachte die Presse Artikel, die andeuteten, daß U Nu über die Einmischung ausländischer Missionen in die innerpolitischen Verhältnisse des Landes verbittert wäre. Es sollten zeitweise Verbindungen zwischen diplomatischen Vertretungen des Sowjetblocks mit Gruppen der Aufrührer bestanden haben. Tatsächlich unterhalten Rußland und China ungewöhnlich personalreiche Botschaften, aber auch andere Länder der roten Koalition, wie beispielsweise Rumänien, sind durch größere Botschaften re-

präsentiert. Die Universität von Rangun gilt als kommunistische Brutstätte ersten Ranges. Trotz feierlicher Panschila-Beteuerung anlässlich eines Besuchs von Tschu En-lai in Rangun drangen später chinesische Truppenformationen in das nordöstliche Gebiet der burmesischen Wa-Staaten ein, wogegen Burma protestierte. China erklärte sich, nach anfänglichem Leugnen des Aufenthalts von Militärverbänden auf burmesischem Boden, bereit, diese zurückzunehmen, wenn Burma ein angrenzendes Territorium in den Kachin-Staaten abtreten würde. Der Konflikt ist trotz wiederholter Verhandlungen noch nicht endgültig beigelegt worden. Unglückseligerweise sind innerhalb der Regierungs-partei Differenzen entstanden, die vor kurzem zum Rücktritt des Innenministers Thakin Tha Khin geführt haben. Diese Schwierigkeiten sollen angeblich schon seit längerer Zeit bestanden haben, woraus ersichtlich ist, daß es U Nu in dem einen Jahre (1956/57), in dem er sich vom Amt des Ministerpräsidenten zurückgezogen hatte, nicht gelungen war, die offenbar getrübten Verhältnisse innerhalb der Partei zu bereinigen.

Burma grenzt im Westen an Indien, von dem am Ende dieser Betrachtungen die Rede sein wird. Nördlich von Indien liegt das Hindu-Königreich Nepal, eingebettet in Himalaja-Berge. Es hat eine annähernd 1000 km lange Grenze mit Tibet, d. h. China. Der junge König Mahendra ist in die Fußstapfen seines Vaters Tribhuvan getreten, der das aristokratisch-rückständige Regime der Ranas beseitigte und demokratische Reformen durchführte. Offenbar sind diese zu plötzlich über das Land hereingebrochen, denn eine Unzahl von Parteien oder richtiger von ehrgeizigen Politikern verhinderte eine ordnungsmäßig funktionierende Regierung, so daß der König gezwungen war, ihre Zügel selbst in die Hand zu nehmen. Nächstes Jahr sollen die ersten Wahlen durchgeführt werden. Ein ehemaliger Aufrührer, der Arzt Dr. K. J. Singh, kehrte nach mehrjährigem Exil aus China zurück und bekannte sich trotzdem zu demokratischen Prinzipien. Eine Zeitlang

wirkte er als Ministerpräsident, mußte aber nach wenigen Monaten vom König wegen Unzuverlässigkeit entlassen werden. Seitdem bildet er wiederum einen Unruhefaktor im Lande. Die Vereinigten Staaten und Indien versuchen, durch ausgiebige Hilfsaktionen im Rahmen des Colombo-Plans auf vielfachen Gebieten zu helfen. Indien unterhält u. a. in Katmandu eine ständige Militärmision mit einem Brigadegeneral an der Spitze, deren Aufgabe es ist, die nepalesische Armee zu modernisieren. Indische Pioniertruppen haben eine Gebirgsstraße, die nach König Tribhuvan benannt ist, von der Grenze über Pässe der Himalaja-Vorberge gebaut, von der man annehmen kann, daß sie auch strategische Bedeutung besitzt. An sich ist Nepal so arm, daß sich seine Landeskinder, die als Soldaten bewährten Gurkhas, ins Ausland verdingen müssen. Entsprechende Verträge laufen mit Indien und Großbritannien. Auch der Nachbar China hat Nepal einen Kredit gewährt. Merkwürdigerweise befürchtet man in Katmandu kommunistische Infiltrierungen weniger von chinesischer Seite, als vielmehr von dem indischen Bengal aus.

Pakistan und Ceylon kommen nicht zur Rübe

Über Kaschmir und die pakistanische Nordwest-Grenzprovinz, jetzt in die Verwaltungseinheit Westpakistan eingegliedert, gelangen wir nach Afghanistan, von dessen Hauptstadt Kabul man heute sagt, sie gleiche dem Lissabon des 2. Weltkriegs. Denn hier geben sich zahlreiche Vertreter des Westens und des Ostblocks ein Stelldichein und bemühen sich, dem Land auf vielfache Weise zu helfen, woran sich auch die verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen beteiligen. Die Sowjets sind besonders am Straßenbau nach ihrer Westgrenze hin interessiert, die Tschechoslowakei an der Industrialisierung des Landes. Auch die Vereinigten Staaten unterstützen Afghanistan auf industriellem Gebiet. Politisch hat der Staat Differenzen mit seinem westlichen und zugleich südlichen Nachbarn Pakistan, und zwar wegen des zwi-

schen beiden gelegenen Niemandslands nördlich vom Khyberpaß, das seine Bewohner, die Pathans, als ein selbständiges «Pakthoontistan» etabliert sehen wollen. Pakistan hat sich gegen solche Bestrebungen ausgesprochen und Afghanistan verdächtigt, diese zu unterstützen. Zeitweise war Afghanistan infolge des Konflikts von seiner Einfuhr, die über den Hafen von Karatschi und den Khyberpaß vor sich geht, abgeschnitten und auch in seiner Ausfuhr behindert. «Hilfsbereit» sprangen die Sowjets in die Bresche und erleichterten Import und Export über das Kaspische Meer.

Pakistan, durch Aufteilung des indischen Subkontinents am 15. August 1947 als Dominion entstanden, ist durch seine vor zwei Jahren angenommene Verfassung islamische Republik geworden und im Commonwealth of Nations verblieben. Innenpolitisch hat es noch nicht Fuß gefaßt, denn es ist infolge fortwährender Kabalen und Parteiintrigen bisher nicht gelungen, allgemeine Wahlen durchzuführen, die jedoch in diesem Jahre stattfinden sollen. Sein Präsident, Generalmajor Iskander Mirza, hat sich für eine «gesteuerte Demokratie» (guided democracy) ausgesprochen, was ihm erheblichen und bei nahe allseitigen Widerspruch eingebracht hat. Das Land krankt auch daran, daß das kleine Ostpakistan, abgespalten von der britisch-indischen Provinz Bengal, übervölkert ist und in Westpakistan große, z. T. unbesiedelte Gebiete von Großgrundbesitzern beherrscht werden, die sich einer dringend notwendigen Landreform widersetzen und zur Korruption politischer Parteien nicht wenig beitragen. Seit Jahren wird, wenn immer sich die innenpolitischen Verhältnisse zuspitzen, die Aufmerksamkeit der Massen auf Kaschmir gelenkt. Der Ruf nach «Jihad», dem Heiligen Krieg, der ausgestoßen wird, wenn die Religion Mohammeds in Gefahr ist, wird seit kurzem gehört und religiöser Fanatismus angefacht. Außenpolitisch ist Pakistan den westlichen Seato- und Bagdad-Pakten angeschlossen. Jedoch sah sich Ministerpräsident Malik Firoz Khan Noon

kürzlich bewogen, den Paktpartnern Amerika und England, falls diese sich nicht aktiver für Pakistan in der Kaschmirfrage einsetzen, damit zu drohen, «ins andere Lager» abzuschwenken, was auf die Regierungen der beiden Länder offenbar nicht den gewünschten Eindruck gemacht hat.

Anlässlich der Jahresfeier der Republik sprach Präsident Mirza über den Rundfunk zur Nation: «Die Probleme, denen wir bei der Gründung der Republik gegenüberstanden, harren noch immer ihrer Lösung. Die lebenswichtige Streitfrage Kaschmir ist ebenfalls ungelöst. Das Problem der Nahrungsbeschaffung starrt uns traurig entgegen. Die wirtschaftliche Notlage des kleinen Mannes hat sich ständig verschlimmert. Während sich die allgemeine Auffassung von Recht und Ordnung verschlechtert hat, ist die Verwaltung schwächer geworden, und das Überhandnehmen der Korruption konnte nicht aufgehalten werden.» In ähnlichem Sinne hat sich Fatima Jinnah, die Schwester des Gründers von Pakistan und seine unermüdliche Weggenossin, in einem Aufruf an die Nation gewandt. Sie sagt darin u. a.: «Die Absicht ist offenbar, daß gerade diejenigen, die sich der Stellenjägerei, der Selbstsucht, der politischen Korruption, der Schädigung der Verwaltung und des wirtschaftlichen Aufbaus des Staates schuldig gemacht haben, von Idealen und Reformen sprechen, wobei sie mit dem Ausdruck verletzter Unschuld andere für ihre eigenen Missetaten tadeln.» In den Wahlen sollte man die mögliche Chance für Gesundung der politischen Verhältnisse sehen, indem die Wähler Gelegenheit haben, das Häuflein unentwegter Intriganten in die Wüste und zuverlässige Männer und Frauen ins Parlament zu schicken. Trotz dieser anhaltenden Hemmungen in der politischen Entwicklung hat die wirtschaftliche nicht gelitten. Naturgas, das in den Bergen von Belutschistan gefunden wurde, wird in kühnen Rohrleitungen nach Karatschi und dem Pandschab geleitet, was als Kraftquelle die fortschreitende Industrialisierung erleichtert.

Nun muß von dem Dominion Ceylon berichtet werden, das links abzugleiten droht. Noch in Bandung konnte sein Ministerpräsident Sir John Kotelawala in Anwesenheit von Tschu En-lai, als von westlichen Kolonialherrschaften die Rede war, darauf hinweisen, daß es auch eine kommunistische Kolonialpolitik gäbe, die sich in der Unterdrückung kleiner Nationen zeigte. Sir John war seiner Sache sehr sicher, als er im Frühjahr 1956 das Parlament vorzeitig auflöste und Neuwahlen ausschrieb, die seiner United National Party eine vernichtende Niederlage beibrachten. Sieger war die MEP oder Vereinigte Volksfront, die mit der Parole «Nur noch Singalesisch», d. h. fort von englischem Einfluß, triumphierte. Schrittmacher dieser ausgesprochenen Linksbewegung war die jüngere Generation buddhistischer Mönche, die sich von einer radikalen Regierung auch die Lockerung allzu strenger Klosterdisziplin versprachen. Aber auch die älteren Mönche sahen in der Bevorzugung englischer Sprache und Kultur durch das frühere Regime eine Bedrohung ihrer Religion, vielleicht auch ihrer Macht, doch sind sie inzwischen eines besseren belehrt worden und von dem Linkskurs abgerückt. Führer der MEP ist der jetzige Ministerpräsident Solomon Barandanaike, ein Oxford-Scholar, der noch als Söhnchen eines von England geadelten Vaters auf dem Schoß der Königin Viktoria gesessen hat. Im Augenblick hat es den Anschein, als ob dieser Führer innerhalb seines Kabinetts mehr ein Geführter ist, da sich offensichtlich getarnte Kommunisten in diesem breit gemacht haben. Ceylon wird von häufigen Streiks in staatlichen Betrieben heimgesucht, wobei, wie es heißt, Minister ihre Hand im Spiele haben. Auch in Colombo unterhalten Russen und Chinesen personalstarke Botschaften. Mitglieder dieser Missionen haben mehrfach buddhistische Klöster aufgesucht. Sogar Tschu En-lai selbst versäumte es nicht, bei seiner offiziellen Visite in Kandy den berühmten Tempel, in dem ein Zahn Buddhas verwahrt wird, zu betreten und für einen Anbau einen Scheck

von 10 000 Rupien an Ort und Stelle auszuschreiben.

Demokratisches Bollwerk Indien

Indien haben wir uns als letztes Land für den Bericht vorbehalten. Es steht als größtes Bollwerk der Demokratie, deren Spielregeln aufs strikteste innegehalten werden, in Südasien. Zweimal hat es im Laufe der acht Jahre, seitdem es sich am 26. Januar 1950 vom Dominion zur Republik innerhalb des Commonwealth wandelte, Wahlen abgehalten, bei denen es 1957 annähernd 200 Millionen Stimmberchtigte gab. Es hat den ersten Fünfjahresplan, bei dem das Gewicht auf Modernisierung der Landwirtschaft lag, mit Erfolg Ende März 1956 abgeschlossen. Während der Durchführung des zweiten sind Devisenschwierigkeiten in erheblichem Umfang aufgetreten, die radikale Restriktionen der Einfuhr von Gebrauchsgütern mit sich brachten. Es wird jedoch damit gerechnet, daß die großen Projekte des Plans, wie die Errichtung von drei Stahlwerken und die Erweiterung zwei bestehender, realisiert werden können, desgleichen die beträchtlichen Dammbauten, mit denen Bewässerungsanlagen zur Nutzbarmachung brachliegenden Bodens sowie die Erstellung von Wasserkraftwerken und künstlichen Düngemittel-fabriken verbunden sind. Im August 1956 begann der erste Atomreaktor zu arbeiten; zwei weitere sind im Entstehen begriffen.

Eine sehr bemerkenswerte Aktion bestand und besteht in den sogenannten Community Projects, deren Aufgabe es ist, die Landbevölkerung aus einer jahrhundertealten Lethargie zu erwecken. Mit dem Motto «Der Staat hilft Euch, wenn Ihr Euch selbst helft» sind im ersten Plan bereits 90 Millionen von Bauern und Landarbeitern erfaßt worden, weitere werden im zweiten an diesen Segnungen teilnehmen können, und der Rest der 270 Millionen im dritten Plan. Auch hier steht die Modernisierung landwirtschaftlicher Methoden im Vordergrund. Weiterhin werden Brunnen gebohrt, Straßen angelegt sowie Schulen und Hospitäler gebaut. Der

Staat stellt Lehrkräfte, Ingenieure, Techniker und alle Arten von Fachleuten und Materialien zur Verfügung, aber die Arbeitskräfte müssen von den Dörflein unentgeltlich eingesetzt werden. Es war klar, daß bei einer solchen umwälzenden Organisation Fehler und Fehlbesetzungen vorkamen, doch man hat sich bemüht und tut es fortgesetzt, sie zu beheben. Kontinuierlich bleibt der Enthusiasmus der Beteiligten! In diesem Zusammenhang muß auch der Bhoodan- oder Landschenke-Bewegung des Dr. Acharya Bhave gedacht werden, der sich als freiwillige Gabe Land spenden läßt, um es an besitzlose Landarbeiter zu vergeben. Auf diese Weise haben bereits Hunderttausende von Morgen den Besitz gewechselt.

Politisch hält sich Indien von den beiden Mächtegruppen fern. Dies hat ihm einerseits Hilfe in ausgedehntem Maße von den Vereinigten Staaten und von Rußland, auch Beistand durch den Colombo-Plan eingetragen. Andererseits wurde Indien durch diese neutrale Haltung von den Vereinten Nationen aufgefordert, den Gefangenenaustausch in Korea zu regeln, und es stellt auch die Vorsitzenden der internationalen Kommissionen in den indochinesischen Staaten, darunter, wie bereits erwähnt, in Laos. Innenpolitisch hat der an der Regierung befindliche Kongreß weiterhin seine führende Stellung behalten, wenn er auch bei den Wahlen 1957 an manchen Stellen Einbußen erlitten hat. In einigen Staaten ist es zu Differenzen innerhalb des Kongresses gekommen, was Nehru kürzlich zum zweiten Male veranlaßte, Rücktrittsabsichten zu äußern. Man hofft, daß sein Verbleiben und diese Art von Schockbehandlung dazu beitragen werden, Schwierigkeiten zu überwinden. Die erste kommunistische Regierung, die auf parlamentarische Weise zustandegekommen ist, besteht im südlichen Staat Kerala mit einer Stimme Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Ob sie sich halten wird, bleibt abzuwarten. Kerala ist jedenfalls ein Spezialfall, und man sollte daraus keine voreiligen Rückschlüsse auf die Zukunft ziehen.

Vorläufig kein zweites Bandung

Die Versuche, eine zweite Bandung-Konferenz einzuberufen, die im Laufe der Zeit von Ägypten, Ceylon und Indonesien ausgingen, hat Indien als unzeitgemäß abgelehnt. Man erinnert sich, daß dieses Treffen asiatischer und afrikanischer unabhängiger Staaten von den sogenannten Colombo-Mächten, nämlich Pakistan, Indien, Burma, Ceylon und Indonesien inszeniert wurde. Inzwischen haben sich die Beziehungen von Indien und Pakistan verschlechtert, Burma und Ceylon haben reichlich mit ihren inneren, komplizierten Verhältnissen zu tun, Indonesien ist in einen Bürgerkrieg verwickelt. Die Einigkeit der südasiatischen Länder, von der man noch vor einigen Jahren reden konnte, existiert zur Zeit jedenfalls nicht. Ob und wann

sie einmal wiederkommen wird, läßt sich heute nicht übersehen.

Es war einleitend bemerkt worden, daß der Westen gut daran täte, die Ereignisse im südasiatischen Raum zu verfolgen. Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß dies allein aber nicht genügen dürfte. Wenn man dem vordringenden Kommunismus Einhalt gebieten will, dann ist es erforderlich, zu helfen, und zwar nicht in kleinlicher Weise und nicht lediglich mit dem technischen «know how», sondern finanziell in größtem Maßstab! Denn wenn Südasien in den kommunistischen Sog gezogen wird, dann würde sich der Westen einer überwiegenden, vordringenden Mehrheit der Menschheit gegenübersehen, für deren Abwehr Europamarkt und Freihandelszone als viel zu milde Palliativmittel erscheinen müßten.

Ernst Schäffer

IPI in Amerika

An der siebenten Generalversammlung des *Internationalen Presse-Institutes*, die vom 15. bis 17. April in Washington abgehalten wurde, haben 167 Journalisten aus insgesamt 23 Ländern der freien Welt teilgenommen. Das war die erste Überraschung dieser an Überraschungen überreichen Zusammenkunft; als nämlich das IPI sich im vergangenen Jahr entschloß, für seine diesjährige Generalversammlung die amerikanische Hauptstadt als Tagungsort zu wählen (mit dem Gedanken im Hintergrund, das in Zürich beheimatete Institut der amerikanischen Öffentlichkeit nahezubringen), fragte man sich besorgt, ob für dieses Début in Amerika genügend europäische Mitglieder den Sprung über den Atlantik unternehmen könnten. Diese Sorge ist erst wenige Wochen vor der Tagung gewichen, als endgültig feststand, daß ein vom IPI organisierter Charterflug 54 Mitglieder aus Westeuropa nach Washington bringen würde.

Aus den asiatischen Ländern waren verhältnismäßig viele Mitglieder und aus den Staaten selbst 60 Mitglieder nach Washington gekommen, wo im Anschluß an die Generalversammlung des IPI der Jahreskongreß der «American Society of Newspaper Editors» abgehalten wurde.

Es ist ein ungeschriebener Brauch geworden, daß die Teilnehmer der IPI-Generalversammlungen von dem einladenden Gastland, nach den jeweils dreitägigen Arbeitssitzungen, zu einer informativen Rundreise eingeladen werden. Und die Rundreise durch die Vereinigten Staaten, die *Paul Block jr.*, der Vorsitzende des amerikanischen Nationalkomitees, zustande gebracht hat, war ein Wunderwerk — ein Wunderwerk an Großzügigkeit, Gastfreundschaft, Planung, Vielfalt und damit Informationsmöglichkeit für die Teilnehmer. Ein Charterflugzeug der amerikanischen Fluggesellschaft «United Airlines» flog die

Gruppe quer über den amerikanischen Kontinent. Neun Städte — Pittsburgh, Detroit, Nashville, Fort Worth, Phoenix, Los Angeles, San Francisco, Chicago und schließlich (der eigenen Initiative überlassen) New York wurden besucht; insgesamt 9000 km zurückgelegt. Die amerikanischen Organisatoren boten ihren Gästen einen ungemein geschickt zusammengestellten «visitors digest» ihres Landes; es öffneten sich Türen, offizielle und private, die, wie man hörte, ansonsten selbst den amerikanischen Kollegen verschlossen sind. Der Industrielle Henry Kaiser jr. lud die Gruppe in sein Privathaus in Lafayette bei San Francisco ein; in der Nähe von Detroit häuften Bauersleute selbstgebackene Kuchen in ihrem ländlichen Klubhaus auf; man sah die Fließbänder der Automobilindustrie und die Filmstudios von Hollywood, ein Rodeo in Texas und Adlai Stevenson in Chicago, den Architekten Frank Lloyd Wright in seiner Winterresidenz in der Wüste Arizonas; man wurde in der Hermitage des einstigen Präsidenten Jackson beim Mittagessen von einer herzerwärmenden Dixieland-Kapelle und dem Gouverneur des Staates Tennessee überrascht und in Detroit von der Modernität der Forschungslaboratorien von General Motors. Man spazierte in Los Angeles durchs «Disneyland» und in Chicago durch ein Atomforschungszentrum. Man wurde von einer Welle aufgeschlossener Gastfreundschaft, die von einem gesunden Stolz aufs eigene Land entfacht zu sein schien, stimuliert, und man sah ein konzentriertes Panorama dieses Kontinents, das so reichhaltig war, daß sich die Erfahrungen nicht flugs über einen Leisten schlagen lassen.

Es ist deshalb vielleicht nicht überraschend, wenn man gesteht, daß neben dieser einzigartigen Informationsreise (über die in einem späteren Artikel ausführlich berichtet werden soll) die eigentlichen Arbeitssitzungen der Generalversammlung verblaßten. Sie verblaßten aber auch noch, wie ich glaube, aus anderen Gründen. Es wird ebenfalls zu einem Brauch dieser General-

versammlungen, als Themen für die Arbeitssitzungen methodische und nicht inhaltliche Fragen zu wählen, und das ist vielleicht schade, selbst wenn man voraussetzt, daß IPI-Generalversammlungen der Fachsimpelei und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Bei einer Vereinigung von Journalisten der freien Welt, die von den Philippinen bis nach Finnland reicht, und die also das gesamte politische Meinungskonzert der nichtkommunistischen Welt unter einen Dirigentenstab bringen soll, ist es vielleicht leichter, rein fachliche als inhaltliche Fragen zu behandeln. Trotzdem. Es fiel, beispielsweise, bei der diesjährigen Generalversammlung auf, daß alle jene Meinungsverschiedenheiten, die in den letzten Monaten bei der Analyse der westlichen Position in den Leitartikelspalten zutage getreten sind, in Washington nicht zur Sprache kamen — nicht einmal bei den Pressekonferenzen mit führenden amerikanischen Persönlichkeiten. Dabei konnte auch ein flüchtiger Kenner der westeuropäischen Presse an dem Namensverzeichnis der vertretenen Zeitungen erkennen, daß Diskussionsstoff in großer Menge vorhanden war. Takt schien zur Zurückhaltung zu mahnen. So hatte beispielsweise an einem Abend der Generalversammlung der «Overseas Writers Club» die IPI-Mitglieder zu einem Essen ins Willard-Hotel eingeladen. Die einladenden Clubmitglieder — die Exklusivsten und Besten des Washingtoner Pressekorps — überraschten ihre Gäste durch geschliffenen Witz und eine amüsante Direktheit. Sie hatten sich offenbar von diesem Abend eine interessante Frage- und Antwortdiskussion erhofft und wollten unter anderem wissen, ob die Europäer der Meinung seien, die Vereinigten Staaten sollten, nach dem sowjetischen Schachzug, ihrerseits die Kernwaffenversuche einstellen. Sie baten, in einer Art Gallup-Umfrage, um eine Stellungnahme, aber weder beim «Ja» noch beim «Nein» traten die IPI-Mitglieder mit ihrer Meinung ins Rampenlicht. Es war bei dieser Gelegenheit, daß es zu einer

unliebsamen Explosion kam. Der Publizist Robert Jungk machte sich zum Sprecher der schweigsamen Europäer und las den Amerikanern die Leviten, weil sie ihre Kernversuche noch nicht eingestellt hätten. Er habe einen amerikanischen Paß, sagte Jungk, (der als Vertreter der Zürcher «Weltwoche» an der Generalversammlung teilnahm) und er hätte nach dieser Äußerung wahrscheinlich mit Schwierigkeiten zu rechnen. Daraufhin wies der Redaktor einer in Frankreich erscheinenden polnischen Emigrantenzitung Robert Jungk in die Schranken.

In den Arbeitssitzungen der Generalversammlung standen unter anderem die Themen zur Diskussion: «Selbstkontrolle der Presse», «Berichterstattung aus Washington» (wobei den Redaktoren vor allem von englischen Korrespondenten einige brauchbare Hinweise gegeben wurden) und die «Herausforderung der Wissenschaft an die Presse». Diese letztere Arbeitssitzung war die interessanteste. Der Physiker *Robert Oppenheimer*, der von Paul Block jr. als «einer der besten Köpfe unserer Generation» eingeführt wurde, leitete die Aussprache mit einem grundsätzlichen Vortrag über «Der Baum des Wissens» ein. Oppenheimer, der mit diesem Vortrag in Washington seit 1954 zum ersten Male wieder vor die Öffentlichkeit trat, sah in der wachsenden Kluft zwischen der «Bruderschaft der wenigen Spezialisten» und der großen Menge der naturwissenschaftlich Unwissenden ein ernstes Problem unserer Zeit. Hier könne und müsse die Presse vermitteln. Es sei nicht immer erforderlich, daß ein Journalist kernphysische Vorgänge verstehen müsse, um über kernphysikalische Konsequenzen schreiben zu können. Oppenheimer plädierte für die verantwortungsbewußte publizistische Ausdeutung und auch sprachliche «Übersetzung» der von der «Bruderschaft der Spezialisten» erarbeiteten Resultate. Dieser Vortrag war «oppenheimerisch» — andeutungsvoll, universell, ethisch verschachtelt, zeitbewußt und mit politischen Anspielun-

gen durchsetzt. Professor *Henry DeWolf Smith*, ein Physiker von der Princeton-Universität, vertrat demgegenüber die gegenteilige Ansicht. Er riet den Redaktoren, in wissenschaftlichen Berichten vor allem die Unsicherheitsmargen im Auge zu behalten, bei Voraussagen zu bedenken, daß sie auf Annahmen beruhten, die nicht als gewiß vorausgesetzt werden könnten. *John Davy*, der wissenschaftliche Berichterstatter des Londoner «Observer», sah die Möglichkeit einer Verbesserung der wissenschaftlichen Berichterstattung darin, daß die Zeitungen mehr wissenschaftliche Berichterstatter beschäftigen sollten — leider vergaß Davy seinen Zuhörern die Arbeitsweise dieser nur der angelsächsischen Presse eigenen «science correspondents» darzustellen: zum Redaktionsstab der englischen Zeitungen gehörend, mit einer gründlichen naturwissenschaftlichen Ausbildung im Hintergrund, ist die Auswertung und fachliche Interpretation der wissenschaftlichen Tagesnachrichten die Aufgabe dieser Spezialisten. Der «science correspondent» ist in der englischen Presse ein Spezialist wie der «parliamentary correspondent» oder der «industrial correspondent», und er wird sich nur in den seltensten Fällen mit dem beschäftigen, was Robert Jungk, der nächste Sprecher in dieser Arbeitssitzung, von der wissenschaftlichen Berichterstattung verlangte: die weltanschauliche Interpretation der naturwissenschaftlichen Ergebnisse. Jungk ging sogar so weit, vorzuschlagen, daß in diesen Zeitläufen jeder Journalist etwas von Naturwissenschaft verstehen müßte und daß deshalb die Zeitungen ihre Mitarbeiter aller Sparten in regelmäßigen Abständen zu naturwissenschaftlichen «Wiederholungskursen» auf die Schulbank schicken sollten.

Ihre eigentlichen Glanzlichter erhielt die Washingtoner Generalversammlung durch die Begegnungen mit führenden amerikanischen Persönlichkeiten. Bei einem gemeinsamen Mittagessen mit der «American Society of Newspaper Editors» sprach Präsident *Eisenhower* über seine Pläne zur Ver-

einheitlichung des Pentagons, über die in der Tagespresse berichtet worden ist. Im State Department erinnerte Staatssekretär *Dulles* die IPI-Mitglieder in einer kurzen Ansprache mit Nachdruck daran, daß der Friede organisiert und institutionalisiert werden müsse, und man erhielt, zusammen mit den kurzen Hintergrundsbildern, die von führenden Beamten des State Departments gegeben wurden, einen aufschlußreichen Einblick in die Denkweise des amerikanischen Außenministeriums. Vizepräsident *Nixon*, der sich im Kapitol zu einer Pressekonferenz zur Verfügung stellte, hinterließ einen nachhaltigen Eindruck durch die Frische, Klarheit, Unumwundenheit, Informiertheit, mit der er die Fragen, die von Kaschmir bis zur Landekonzession an skandinavische Fluglinien reichten, beantwortete. Ebenfalls einen nachhaltigen Eindruck hinterließ *Walter Reuther*, der

Vorsitzende der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft. Die militärische Macht sei nicht die einzige Antwort auf die kommunistische Herausforderung, sagte Reuther. Die freie Welt müsse auch an der wirtschaftlichen und politischen Front gegen die Kräfte der Tyrannie antreten. Zu einer vermehrten Hilfe für die unterentwickelten Länder auffordernd, sagte dieser Gewerkschaftsführer, daß die Sache der Freiheit auf den Reisfeldern Asiens gewonnen werden müsse.

Am letzten Tage der Generalversammlung wählte das Exekutivkomitee Dr. *Urs Schwarz*, Auslandsredaktor der NZZ, zum neuen Präsidenten des Internationalen Presse-Institutes. Als Tagungsort für die Generalversammlung 1959 wurde *Berlin* bestimmt.

Alfred Schüller

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht verwirklicht!

Im März dieses Jahres hat die *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* mit Sitz in Heidelberg ein neu gefaßtes wirtschafts- und sozialpolitisches Programm veröffentlicht, das insbesondere dazu dient, die Aufgaben der Bundesregierung in der dritten Legislaturperiode zu umschreiben. Die acht Seiten umfassende Flugschrift enthält neben dem programmatischen Teil auch eine knappe, aber klare kritische Stellungnahme zu den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Tenor dieser Schrift ist, die Unvollständigkeit der Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft aufzuzeigen und Leitsätze zu geben, nach denen in Zukunft gehandelt werden sollte, um die Annäherung an dieses Ordnungssystem wesentlich zu verbessern.

Professor *Alexander Rüstow*, Heidelberg, der Vorsitzende des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, hat

seit der denkwürdigen Dresdener Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1932 immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß im Zuge der Erneuerung und Bereinigung einer freien marktwirtschaftlichen Ordnung die systemgerechte, konsequente und straffe Führung der Wirtschaftspolitik für den Aufbau einer sozial-ethisch hochstehenden Wettbewerbsordnung unerlässlich sei. Diese Gedanken finden auch in dem neuen Programm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft mit aller gebotenen Deutlichkeit ihren Niederschlag.

Die Kritik wendet sich insbesondere gegen den zu starken Einfluß der Gruppeninteressen auf die Wirtschaftspolitik. In engem Zusammenhang dazu stehe auch die Bedrohung des Geldwertes durch eine exzessive Lohn- und Preispolitik. Des weiteren geben die «Aushöhlung der privaten zugunsten der öffentlichen Vermögensbildung»

und die erhebliche Zunahme kollektivistischer Formen der Lebensvorsorge zu weiteren Bedenken Anlaß.

Die Fundamente einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung sind: die Stabilität des Geldwertes, die Freiheit und Sauberkeit des Wettbewerbs und die Gerechtigkeit der Startbedingungen. Bei dem zuletzt genannten Punkt wird insbesondere auf ein Höchstmaß an Gerechtigkeit bei dem Zugang zu Bildungsstätten Wert gelegt. Das wirtschaftspolitische Sofortprogramm umfaßt u. a. die Konjunkturpolitik, die Lohnpolitik und Kapitalmarktfragen. Auf dem Gebiet der Ersparnisbildung wird die Gewährung von Sozialprämien als unvereinbar mit der Würde des Arbeiters als eines selbstverantwortlichen, freien Menschen abgelehnt. Des weiteren wird eine durchgreifende, große Steuerreform empfohlen, «die das Steuersystem vereinfacht, bereinigt und organisch den Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft anpaßt», d. h. insbesondere wettbewerbsneutrale Abgaben vor sieht. Auf diese Weise soll auch die Bestrafung des Wirtschaftserfolges im Leistungs-

wettbewerb durch eine übermäßige Einkommensbesteuerung künftig vermieden werden.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik wird gefordert, durch Schaffung eines klaren und übersichtlichen Sozialplanes die wild wuchernden punktuellen Maßnahmen zu bannen und der unverantwortbaren Verschwendungen durch kostspielige Verwaltung ein Ende zu setzen.

Am Schluß des Aktionsprogramms findet sich eine sehr anschauliche Darstellung der Ordnungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft, die für eine Breitenwirkung gut abgestimmt ist.

Den Ernst der Aufgabe unterstreichen folgende abschließenden Worte: «Der bolschewistische Osten drillt seine Untertanen im Kommunismus. Wir werden ihm nur dann überlegen sein können, wenn wir lernen, uns freiwillig die Gesellschaftsordnung geistig zu eigen zu machen und zu vertreten, in deren Aufbau wir begriffen sind und die allein Freiheit und Wohlstand zu sichern vermag.»

Mein Betrieb und ich

Tagung der evangelischen Akademie Hofgeismar für Jugendleiter der Gewerkschaft

Die Aufgeschlossenheit der deutschen evangelischen Kirche im Bestreben, aktiv am Neubau des sozialen Lebens mitzuwirken, spiegelt sich in der Arbeit der verschiedenen, über das ganze Gebiet der Bundesrepublik verteilten Akademien. In christlicher Toleranz, die aber ein offenes Bekenntnis des eigenen Glaubens in sich schließt, wird das Gespräch mit den Partnern der sozialen Welt, mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern, geführt. Die Schwierigkeiten einer rechten Kontaktnahme sind nicht gering. Die Bereitwilligkeit der Tagungsteilnehmer, ernsthaft mitzuarbeiten, läßt aber erkennen, daß überall das Bedürfnis wach ist, neue Wege zu suchen und dabei auch das Gedankengut

der Kirche zu prüfen. Die Tagung in Hofgeismar galt vor allem den Jugendleitern der hessischen Gewerkschaft. Etliche eingeladene junge Leiter des CVJM schufen dabei ein gewisses Gegengewicht. Die Diskussionsmöglichkeiten wurden rege benutzt. Wenn auch die einleitende Aufforderung des gewandten Tagungsleiters, Akademiedirektor Dr. Jentsch: «Versuchen Sie ruhig, mich zu ärgern!» nicht erfüllt wurde, so sicher nicht deshalb, weil man nicht das Gefühl haben durfte, offen sprechen zu können, sondern weil die Sachlichkeit, mit der die Tagung durchgeführt wurde, keinen Raum ließ für emotionelle Zusammenstöße.

Der erste Referent, Dipl.-Psych. Dr.

Weissenfels, Kassel, sprach über das Thema «Der Mensch ist immer der gleiche». Diesem Wort, das oft als gängige Münze in die Diskussion geworfen wird, steht das Gefühl, steht die Hoffnung des Menschen gegenüber, sich ändern zu können, nicht immer in der gleichen Unvollkommenheit verharren zu müssen. Der Mensch kann ja nicht ins naiv-natürliche, gleichsam tierhafte Leben zurückkehren, er sieht sich gezwungen, sich sein eigenes Bild zu schaffen, nach dem er sein Streben ausrichten, an dem er sich aufrichten kann. Aber erliegt er nicht einer Illusion, wenn er glaubt, sich wirklich grundlegend ändern zu können? Entscheidend wird die Frage an jenem Punkt, wo der Mensch seinen Egoismus überwinden und jene Liebekraft entwickeln möchte, die ihn in Freiheit für den andern Menschen dasein lässt. Ist es ihm möglich, sich selbst derart zu wandeln? Dieses Problem muß heute vor allem die junge Generation bewegen, die an den überkommenen Menschenbildern kein Genüge mehr findet und nach neuen Idealen sucht. Stellen wir die Frage im Blick auf den Menschen im allgemeinen, auf die Menschheit, die wir planend ergreifen, formen wollen, dann, so meinte der Referent, müssen wir verneinend antworten. Wir dürfen nicht leichtfertig eine solche Veränderlichkeit in unsere Rechnung setzen, naiv darauf vertrauend, daß sich der Mensch unserem Bilde anpasse. Für alles Planen muß vielmehr als Grundsatz gelten, daß der Mensch immer der gleiche bleibe. Diesem etwas pessimistischen Gedanken stellte Dr. Weissenfels aber den andern gegenüber, daß wir selbst nicht immer die gleichen zu sein brauchen, daß für uns als Einzelmensch wohl die Möglichkeit bestehe, der Bindung unseres «alten Adams» zu entrinnen um jene Freiheit im Dasein für den Nächsten zu erkämpfen.

Leider war Herr Felgentreff, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, verhindert, seine Gedanken zum Thema «Die Funktion prägt den Menschen» vorzutragen. So blieb es Dipl.-Volkswirt *W. Steinjan* vom sozial-ethischen Ausschuß der evangelischen Kir-

che Rheinland vorbehalten, diese Thematik mit seinem Vortrag über «Die Organisation prägt die Funktion» zu verbinden. Das heutige Zeitalter der Massenproduktion fordert den «funktionellen Menschen», den Spezialisten, der in der Arbeit nicht mehr seine Gesamtheit geben kann. Mit fortschreitender Automation wird die Arbeit des einzelnen immer schematischer, sie wird zu «unbewußter Arbeit», mit dem Verzicht, darin einen Weg der Selbstverwirklichung gehen zu können. Diese Entwicklung ist nicht mehr rückgängig zu machen. Nur für wenige besteht die Hoffnung, zu denen zu gehören, die den Arbeitsablauf ausdenken und somit schöpferisch tätig werden. Aber auch sie bleiben in den Gesamtlauf eingespannt, bleiben Sklaven der Organisation. Dies hat aber nicht nur negative Auswirkungen. Wenn alle Angehörigen eines Betriebes, vom Direktor hinab bis zum einfachen Arbeiter, einem gleichen Zwang, einem gleichen Gesetz zur Leistung unterworfen sind, dann bleibt, richtig gesehen, kein Raum mehr für menschliche Willkür. Die gemeinsame Ausrichtung auf ein sachliches Ziel bietet eine Chance für die Menschlichkeit. Nicht, daß man den hierarchischen Aufbau des Betriebes in eine «Demokratie» umwandeln könnte, aber die gemeinsame Zielsetzung erlaubt eine echte Humanisierung der Beziehungen. Aufgabe unserer Generation ist es, diese Chance zu nützen.

Dr. Matthes von der evang. Akademie Loccum behandelte die Frage der «Freiheit des jungen Menschen in der Organisation». Die Entwicklung der Technik führte zunächst zur strukturlosen Massengesellschaft mit Massenorganisationen, die den Einzelmenschen seine Freiheit total verlieren lassen. Auf dem langen Weg «von unten nach oben» wird sein Wille solange gefiltert und verfälscht, bis die Selbstbestimmung zur leeren Farce wird. Einem zufällig hochgespülten «Führer» wird es mit den Mitteln der Massenbeeinflussung und eines gut ausgebauten Organisationsapparates möglich, ganz selbstherrlich zu regieren. Die Ent-

wicklung schreitet aber weiter fort und birgt zwei Chancen: Die Versklavung wirft einmal den einzelnen auf sich selbst zurück, läßt ihn in dem Willen, nicht mehr Sklave sein zu wollen, seine eigene Person, sein Selbst neu erleben. Zum andern aber werden die Organisationen langsam zu Institutionen. Die Unlösbarkeit der Spannungen des Zusammenlebens hat sie zu festen Bestandteilen der Gesellschaftsordnung werden lassen. Damit aber weicht die Leidenschaftlichkeit des um seine nackte Existenz Ringenden mehr und mehr einer sachlichen Auseinandersetzung zwischen selbstsicheren Partnern. Der einzelne Angehörige einer solchen institutionalisierten Organisation wird nicht mehr gänzlich von ihr «verschlungen», zur Aufgabe seiner Persönlichkeit gezwungen. Er kann wieder Abstand nehmen um zu sich selbst zurück zu finden. Diese Distanzierung vom gesellschaftlichen Zwang erfordert eine gehörige Portion Skepsis. Ist die junge Generation aber wirklich skeptisch? Ihr muß zugerufen werden: gefällt euch nicht zu sehr in einer bloßen Pose, in einem Negativismus, der den Dingen gar nicht wirklich auf den Grund gehen will, in einer skeptischen Maske, hinter der sich reine Teilnahmslosigkeit verbirgt.

Speziell auf die Beziehungen der Kirche zu den Gewerkschaften trat Sozialpfarrer *Reber*, Kassel, ein in seinen Ausführungen über «Koexistenz und Kooperation». Die Zeit liegt nicht allzu fern, da sich aktive Mitgliedschaft in Kirche und Gewerkschaft gegenseitig ausschlossen. Und doch haben beide ein gemeinsames Grundanliegen: das Anliegen der Menschenwürde. Die Wege, die man zur Erreichung dieses Ziels einschlug, waren allerdings grundverschieden. Die Gewerkschaft glaubte an die revolutionäre Kraft des Klassenkampfes, die Kirche an die Gewalt der Liebe. Den Erfolgen der Klassenkampfparole lag aber nicht die Solidarität in gemeinsamer Ideologie zugrunde, sondern die Solidarität der gemeinsamen

Not. Mit der materiellen Besserstellung des Arbeiters mußte deshalb der Klassenkampfgedanke an Glanz verlieren, und die Gewerkschaften sind denn heute auch auf der Suche nach neuen tragenden Ideen. Die Kirche auf der andern Seite mußte einsehen, daß das Predigen der Liebe allein nicht genügen konnte, daß dem Gesetz als dem «Zuchtmaster der Liebe» eine größere Rolle zu kommen müsse, wobei die Kirche sich aktiver zu verhalten habe. Die Entwicklung ist heute im Fluß. In vielen konkreten Fragen drängt sich eine Zusammenarbeit auf. Das heutige Ordnungsbild der Gewerkschaft, wie es von den Spitzen des DGB ausgearbeitet wurde, zeigt, wie weitgehend dessen Ziele von der Kirche unterstützt werden können, wenn es da etwa heißt, die Gewerkschaft wolle ein geschlossenes Bekenntnis zur Demokratie, sie kämpfe für die Achtung der Menschenwürde, für die Anerkennung des arbeitenden Menschen, wolle parteipolitische Neutralität und Abkehr von den Ideen des Klassenkampfes. Die Kirche wird sich weiter bemühen müssen, mit bei den Sozialpartnern im Gespräch zu bleiben, um ihnen den Blick für die Gesamtverantwortung zu weiten und sie so einander näher zu bringen.

Einen großen Raum nahmen die Gruppen- und Gesamtdiskussionen im Tagungsplan ein. Wurde vielleicht in jugendlichem Eifer von den Leitern der Gruppendiskussionen — die aus den Teilnehmern selbst gewählt wurden — etwas zu sehr auf «Leistung» hintendert und der Bildung gemeinsamer «Thesen» allzugroßes Gewicht beigegeben, so boten doch diese Gespräche wertvolle Anregungen. Fruchtbar waren aber auch die biblischen Besinnungen des jungen Vikars *Scheer* aus Fulda, der es ausgezeichnet verstand, auch die Uninteressierten auf die Aussagekraft des «Buches der Bücher» in bezug auf moderne Probleme hinzuführen.

Walter Rapold